

Der erste demokratisch gewählte Präsident sieht sich als
Vermittler und Friedensstifter

Indonesiens Demokratie – exzentrische Stabilität

Khalid Durán

Der vor einem Jahr an die Macht gekommene Präsident Abdur Rahman Wahid, allgemein Gus Dur genannt, ist ein halbblinder Herzkranker und dennoch ein meisterhafter Autofahrer. Einheimische führen dieses Phänomen auf Gus Durs Beherrschung des javanischen Schattenspiels zurück. Der volkstümliche Präsident treibt Politik auf scheinbar chaotische Weise und fährt nicht schlecht dabei, verursacht allerdings bei manchen Mitarbeitern Bauchschmerzen.

Die Gefahr eines Militärputsches scheint vorerst gebannt. Außenminister Schihab ist sicher zu optimistisch, wenn er meint, siebenzig Prozent des Militärs stünden hinter dem Präsidenten, doch hat sich die alte Generalsclique überlebt. Der abgesetzte und stark an Altersschwäche leidende Militärdiktator Suharto ist das beste Beispiel dafür.

Indonesien ist einer der größten und volkreichsten Staaten der Welt. Die 13 600 Inseln erstrecken sich über einen Raum vergleichbar der Distanz zwischen Moskau und Lissabon. Der Inselstaat hat ein halbes Jahrhundert direkter und indirekter Militärherrschaft hinter sich, erst linksorientiert (unter Sukarno), dann rechtsorientiert (unter Suharto). Abdur Rahman Wahid, ein Mann

des Zentrums, ist der erste demokratisch gewählte Präsident in der Geschichte Indonesiens.

Wird das Beispiel Ost-Timor Schule machen? Hauptgefahrenherd ist der vielgestaltige Separatismus. Nachdem das katholische Ost-Timor in die Unabhängigkeit entlassen wurde, sind die vielen anderen Separatisten zuversichtlich geworden.

Warum auch nicht? Früher gab es hier eine Vielzahl von Inselstaaten. Erst die Holländer haben in dreihundertjähriger Kolonialzeit daraus einen Einheitsstaat gemacht – Indonesien.

Separatistische Bestrebungen

Der wohlmeinende Präsident versucht dem Separatismus mit Autonomiezugeständnissen beizukommen. So darf sich der indonesische Teil Neuguineas nun Papua nennen statt wie bisher Irian Jaya. Mit solchen versöhnlichen Gesten lässt sich zwar Zeit gewinnen, doch lösen sich die Probleme damit nicht auf. Sumatra, die westlichste Insel, ist mehr nach Mekka orientiert als nach Jakarta, hier kämpft eine fundamentalistische Aufstandsbewegung seit Jahrzehnten um Unabhängigkeit.

Wie auch in anderen Teilen Indonesiens entzündet sich der Separatismus am Widerstand gegen die Einwanderer aus den überbevölkerten Inseln Java und Madura, wo mindestens 55 Prozent der 212 Millionen Indonesier leben. Auf dem einst überwiegend christlichen Maluku sehen sich die Einheimischen nun mit einer muslimischen Mehrheit von 57 Prozent konfrontiert. Den Islamisten auf Sumatra sind die zugezogenen Javaner nicht strenggläubig genug; und in Neuguinea sind sie den einheimischen Papuas zu indonesisch. Lösten sich nun der Atschie (Aceh) genannte islamistische Teil Sumatras und der westliche Teil Neuguineas aus dem Staatsverband, dann folgten auch die Molukken (Maluku). Zurück bliebe im Wesentlichen das hoffnungslos überbevölkerte Java – schlimmer noch als Bangladesch.

Präsident Wahid hat den aufmüppigen Führern von Atschie einen höheren Gewinnanteil an den dortigen Bodenschätzen zugesagt. Damit bleibt für die Staatskasse wenig übrig. Konzentriert sich aber künftig auf Sumatra der Reichtum, dann werden die hungernden Javaner erst recht dorthin übersiedeln wollen, wodurch sich bei den Atschie-Islamisten der Fremdenhass noch verstärken würde.

Islamisten gegen Muslime

Dem Präsidenten besonders feindlich gesonnen sind die Islamisten, das heißt die Vertreter der militanten Ausformung des Islams in eine politische Ideologie mit faschistoiden Zügen. Bevölkerungsmäßig ist Indonesien der größte Muslimstaat. Hier gibt es mehr Anhänger des Islams als in der gesamten arabischen Welt zusammen. Prozentual gesehen sind die Islamisten unbedeutend, doch fünf Prozent von fast 200 Millionen in-

donesischen Muslimen sind immerhin rund zehn Millionen Muslime.

Die Islamisten nahmen mit ihrem internationalen Netzwerk Wahid vom ersten Tag an ins Visier. Er war kaum im Amt, da klagten sie schon weltweit über sein „repressives Regime“. Die Ernennung von Alwi Schihab zum Außenminister half dem Präsidenten wenig. Schihab ist arabischer Abstammung und arbeitet mit Islamistenkreisen zusammen, wird von deren internationalem Netzwerk aber nicht als voll zugehörig angesehen. Wahid vertritt die Mehrheitsströmung unter den Indonesiern, denen der Fanatismus der Islamisten fremd ist. Die Islamisten bilden eine neue Elite, die sich einem politischen Totalitarismus verschrieben hat. Zu ihrer Legitimierung bedienen sie sich islamischer Symbolik, deshalb kommt ihnen nichts so ungelegen wie eine Alternative zu ihrer Ideologisierung der Religion – und Wahid ist diese Alternative, indem er die Volksfrömmigkeit vertritt. Er ist ein Rechtsgelehrter auf dem Präsidentensessel und hat es daher leicht, die Islamisten einer entstellenden Religionsinterpretation zu bezichtigen. Islamisch unbedarfte Staatsmänner sind ihnen lieber, weil sie dann die Gläubigen leicht gegen die Regierung aufwiegeln können.

Wahid hat an Kairos theologischer Hochschule Al-Azhar studiert und steht der Partei Nahdat-ul-Ulema vor, die man mit den Christdemokraten vergleichen könnte; das heißt, sie ist eine konservative islamische Partei und keineswegs extremistisch. Der Name bedeutet „Renaissance der Rechtsgelehrten“ und deutet auf den traditionalistisch-orthodoxen Charakter hin, was bei den generell ungezwungenen und weltoffenen Indonesiern allerdings nicht viel heißen will. Den Islamisten ist diese Partei immerschon ein Dorn im Auge gewesen, denn

unter all den Parteien mit einem islamischen Anspruch ist sie stets die stärkste geblieben, wenngleich sie sich während der jahrzehntelangen Suharto-Herrschaft recht passiv verhielt. Neben den Säkular-Nationalisten der Sukarno-Tochter Megawati ist die Nahdat-ul-Ulema die zweitstärkste Partei. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße Indonesiens ist sie jedoch zahlenmäßig die stärkste Muslimepartei der ganzen Welt.

Zur Verbesserung der Wirtschaftslage braucht Wahid die USA. Um sich deren Sympathien zu sichern, möchte er Israel diplomatisch anerkennen. Das ließ er gleich nach Amtsantritt verkünden und entfachte damit einen Sturm der Entrüstung bei den Vertretern arabischer Staaten. Prompt marschierten zehntausend von den Islamisten mobilisierte Kopftuchfrauen gegen die erste demokratisch gewählte Regierung des Landes auf. Schließlich versuchte die Führung der eigenen Partei Wahid davon abzubringen – so viel Ärger sei die Sache doch nicht wert.

Öffentlich nahm der Präsident von der Israel-Anerkennung erst einmal Abstand, doch ist er nicht allein von Nützlichkeits-erwägungen motiviert, sondern auch vom Ideal der Versöhnung beseelt. Eine seiner ersten Auslandsreisen führte ins benachbarte Singapur, wo er an die dorthin geflohenen chinesischen Geschäftsleute appellierte, nach Indonesien heimzukehren. Gewiss ging es dabei um Milliardenbeträge, aber auch um ein menschliches Anliegen, das ihm von der chinesischen Minderheit hoch angerechnet wurde.

Zudem ernannte er Henry Kissinger zum Super-Berater seiner Regierung. Da Kissinger für Ölkonzerne mit Milliardeninteressen in Indonesien arbeitet, verzichtete er ausnahmsweise auf Bezahlung für diesen Pos-

ten. Zusammen mit dem viel geschmähten – und ebenfalls jüdischen – Philanthropen-Milliardär George Soros soll Kissinger Indonesien aus dem Konflikt heraushelfen. Das Land hatte in den achtziger und neunziger Jahren einen geradezu mustergültigen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, bis dieser dann wie ein Kartenhaus zusammenbrach. Kissinger ist der Meinung, der Schaden sei reparierbar – und auch der Internationale Währungsfonds macht wenig Schwierigkeiten. Nach dem Sturz Suhartos gab es eine kurzlebige Übergangsregierung unter dem in Deutschland ausgebildeten Wissenschaftler Habibie. Er begann mit der dringend notwendigen Dezentralisierung. Die Früchte erntet nun Gus Dur. Erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung sind unverkennbar.

Ohne Hauskehren bei den sabotierenden Bürokraten des alten Regimes aber werden sich Bergwerke und Plantagen nicht investitionsattraktiv umgestalten lassen. Etliche der korrupten Provinzgrößen (die meist aus dem Militär stammen) versuchen ihre Position zu wahren, indem sie ethnische und religiöse Gegensätze anheizen. Andere lenken von sich selbst ab, indem sie Gerüchte über korrupte Praktiken des neuen Präsidenten lancieren. Da die Presse zum ersten Mal volle Freiheit genießt, ist von ihr nicht viel Verantwortungsbewusstsein zu erwarten. Das Parlament gleicht noch immer mehr einem Zirkus als einer Volksvertretung.

Dialog statt Djihad

Bei seinem Dialog-Pingpong kommen dem sechzigjährigen Wahid Freundschaften mit christlichen und jüdischen Religionsgelehrten zustatten, die seit Jahrzehnten den Dialog mit dem Islam pflegen. Es gibt zum Beispiel ein Gremium von neun jüdischen,

neun christlichen und neun muslimischen Universitätsprofessoren, die einmal im Jahr zusammentreten. Bisher tagte dieses seit fünfzehn Jahren bestehende Gremium meist in den USA. An der Temple University in Philadelphia unterhält der katholische Philosoph Leonard Swidler ein Institut für globalen Dialog, an dem Indonesiens junger Außenminister Alwi Schihab promovierte. Wahid ist ebenfalls ein Swidler-Freund und besuchte bereits den Papst in Rom. Man möchte meinen, für das von Kämpfen zwischen Christen und Muslimen geplagte Land sei er genau der richtige Präsident. Er sieht seine Aufgabe als Vermittler und Friedensstifter.

Wahid lud dieses interreligiöse Gremium ein, die diesjährige Tagung in Jakarta abzuhalten, wo er persönlich die Dialogveranstaltung am 14. Februar eröffnete, gefolgt von Jordaniens „abgesetztem“ Thronfolger Prinz Hassan, der hohes Ansehen als mutiger Intellektueller genießt. Zum ersten Mal wurden den Indonesiern Rabbiner vorgestellt (alle neun jüdischen Professoren des Gremiums sind zugleich auch Rabbiner), doch jeweils flankiert von einem christlichen und einem muslimischen Religionsgelehrten. Hier bewahrheitete sich der Spruch „Auf die Verpackung kommt es an“. Skeptiker fragten, was in einer solchen Phase der Bürgerkriege (Ost-Timor, Maluku, Sumatra) wohl eine Gelehrtenkonferenz in der Hauptstadt ausrichten könne. Wirkungslos war das Treffen jedoch nicht, wie schnell klar wurde. Neben ihren Gelehrtengesprächen betrieben die Dialogprofessoren auch deutliche Öffentlichkeitsarbeit – mittels Vorträgen an Universitäten und vor Kulturvereinen. Dabei stellte sich heraus, dass im Volk und nicht nur unter den Studenten ein starkes Bedürfnis nach Aussprache über Glaubensfragen besteht.

Die traditionell aufgeschlossenen Indonesier erkennen sich heute bisweilen selbst nicht wieder. „Wie setzen wir dem Blutvergießen ein Ende und stellen Freundschaftsbände wieder her?“ Zur gleichen Zeit kam es in den Straßen der Hauptstadt zu militanten Demonstrationen für einen heiligen Krieg gegen die Christen.

Die angereisten Professoren schienen gelegentlich ein wenig überfordert, doch allein ihr Auftreten als ein multireligiöser Freundeskreis hatte eine wohltuende Wirkung und löste rührende Szenen der Verbrüderung aus mit Gelübden, sich nie wieder zu Ausschreitungen gegen Andersgläubige hinreißen zu lassen. Das globale Dialoggremium sollte noch einen Monat lang diese Inselwelt bereisen, doch mussten die Professoren auf ihre Lehrstühle zurückkehren. Einige waren erleichtert, dass sich während ihrer Anwesenheit kein Militärputsch ereignete. Manch einer war wegen der angekündigten Kraftprobe zwischen Präsident Wahid und General Wiranto gar nicht erst angereist.

Reaktion der Islamisten

Die Islamisten reagierten auf die Pingpongpolitik des interreligiösen Dialogs mit Ausschreitungen gegen Bars und Nachtlokale in Touristenorten südlich von Jakarta, wie dies in Ägypten, Pakistan und anderen Staaten vorexerziert worden war. Die heftigste Verunglimpfung des „sündhaften“ Wahid war ausgerechnet im Organ der Islamisten in den USA zu lesen, heute eine der wichtigsten Schaltzentralen für Extremistengruppen.

Gus Dur ließ sich jedoch nicht beirren. Fast wäre er am 4. Mai in Washington zur Jahreskonferenz des machtvollen American Jewish Committee erschienen, wo er zusam-

men mit Madeleine Albright auftreten wollte, um den Amerikanern zu demonstrieren, dass Indonesien sich der neuen Weltordnung verpflichtet fühlt. Doch als Verwalter von tausend Inseln ist man stark gebunden, und die Gesundheit des 62-jährigen Präsidenten wird bei der anstrengenden Aufgabe nicht besser.

Wahid steht einer aus acht Parteien zusammengesetzten „Muslimischen Achse“ vor, die ständig auseinander zu brechen droht. Megawati, die Chefin der stärksten Partei des Landes, der säkular-nationalistischen Demokratischen Kampfpartei, war von ihm überrumpelt worden und fand sich mit dem Posten einer Stellvertreterin ab. Nun hängt sein politisches Überleben weitgehend von ihrem guten Willen ab, sie aber rührt sich wohlweislich kaum, denn träte sie stärker in Erscheinung, dann käme es zu einer heftigen Polarisierung. Zu ihrem Wählerstamm gehören nämlich fast alle Minderheiten – ethnische und religiöse, einschließlich muslimischer Säkularisten. Wäre sie Präsidentin geworden, dann hätten die Islamisten zum Bürgerkrieg aufgerufen.

So ergibt die Regierungsspitze ein nicht wenig amüsanteres Bild: eine Dame, schweig-

sam wie ein Buddha-Bild, neben einem exzentrischen Präsidenten, der oft ein wenig zu viel fabuliert, zum Beispiel wenn er sich bei den Volksvertretern für sein Versagen entschuldigt und gleichzeitig deutlich macht, es werde genauso weitergehen. Javaner sind für Höflichkeit bekannt. So schläft Gus Dur nicht bei den Reden seiner Gegner ein, wie das Regierungschefs in anderen Weltteilen bisweilen passiert, sondern bei seinen eigenen – das macht ihn sympathisch.

Viele Politiker Indonesiens haben den menschlich so angenehmen Gus Dur nur als einen Kompromiss angesehen, als eine Übergangslösung für die unangenehmste Phase. Es brodelt an allen Ecken und Enden des Riesenstaates, da ist es ein Glücksfall, wenn sich ein Idealist findet, der die Verantwortung übernimmt. Mit ihren zahllosen Problemen ist diese Inselwelt zu einem Puzzle geworden, in dem sich selbst Einheimische nicht leicht zurechtfinden. So überlässt man das Staatsschiff besser einem Blinden und vertraut auf seinen guten Stern. Dennoch sagen gerade die scharfsinnigsten unter den Indonesien-Analysen Stabilität voraus – vorerst unter Gus Dur.

Erratum

Auf Seite 85 der Politischen Meinung 370, September 2000, wurde die Übersetzung des russischen Buchtitels nicht richtig wiedergegeben. Sie muss lauten: ‚Russische Schriftsteller. XX Jahrhundert. Bibliografisches Lexikon‘ (Russkie pisateli. XX vek. Bibliografičeskij slovar). Prof. Dr. Kasack verwendete auf Seite 87 den Begriff ‚Sozialist in Reinkultur‘, um einen russischen Kritiker anzuprangern, der noch heute dem Sozialistischen Realismus der Stalinzeit anhängt. Er wurde versehentlich in ‚Sozialisten in Reinkultur‘ geändert.

Die Redaktion bedauert dieses Versehen.